

Mit globaler Gerechtigkeit gegen Klimakrise und Diskriminierung: Eine zentrale Aufgabe für die Angewandte Geographie

*Das Positionspapier wurde initiiert und erstellt durch die
DVAG-Arbeitsgruppe „Klimakrise, Diskriminierung und globale Gerechtigkeit“*

1. Einleitung: 50 Jahre UN-Konferenzen und Verträge gegen Klimakrise, für Artenvielfalt und Umweltschutz

Im Jahr 1972 fand in Stockholm die erste UN- Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ unter den Voraussetzungen des kalten Krieges und einer wenig erfolgreichen Dekolonisierung statt. Schon in den 1960 Jahren war in einer Vielzahl Veröffentlichungen vor den Folgen der Umweltverschmutzung, des Artensterbens, des starken Bevölkerungswachstums und des Nord-Süd-Armutgefälles gewarnt worden. Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 führte zu den ersten internationalen Umweltverträgen. Durch zunehmende nationale und internationale Verteilungs-Ungerechtigkeiten, den sich verschärfenden Klimanotstand, ungelöste weltweite Dauerkonflikte und wirtschaftliche Folgen der Corona-Pandemie hat sich die Umwelt- und Entwicklungssituation im globalen Süden weiter verschlechtert.

In Anbetracht der sich abzeichnenden Klimakrise bekannten sich die Vertragsstaaten auf der 26. Klimakonferenz 2021 im sogenannten „Klimapakt von Glasgow“ dazu, dass die Folgen des Klimawandels bei Einhalten des 1,5-Grad-Limits wesentlich geringer in die Gesellschaften wirken werden, als bei einem Temperaturanstieg um zwei Grad. Trotzdem folgen diesem Beschluss keine ausreichenden Einsparungsziele. Die zunehmende Häufung und Intensität von Extremwetterereignissen bewirken krisenhafte Lebens- und Umweltbedingungen, an die sich die Gesellschaften anpassen müssen, um die Ressourcen für das Wohlergehen der heutigen und kommenden Generationen sicherzustellen. Weiterhin hat sich die Staatengemeinschaft auf 17 sogenannte „Sustainable Development Goals 2030“ geeinigt. Deren Erreichen war immer unsicher und ist unter anderem durch die globale Corona-Pandemie noch unwahrscheinlicher geworden.

Dieses Positionspapier möchte darauf aufmerksam machen, dass gerade die Angewandte Geographie einen wichtigen Beitrag zur Lösung komplexer Herausforderungen im Kontext Klimakrise, Diskriminierung und globaler Gerechtigkeit leisten kann und muss.

2. Die Globale Krisensituation

Im Folgenden wird das Zusammenwirken von Klimakrise, Diskriminierung und die daraus folgende Globale Ungerechtigkeit beschrieben und wie die Angewandte Geographie dabei helfen kann die Zusammenhänge zu erklären und zu Lösungen beizutragen.

2.1 Ökologische Ausgangssituation

Durch den jahrzehntelangen, von Menschen verursachten Ausstoß von Treibhausgasen und deren Anreicherung in der Atmosphäre verändert sich unser Weltklima schon jetzt rasant. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf alle Sphären unseres Ökosystems und macht die Klimakrise zu einer existenziellen Bedrohung! Dabei sind jedoch sowohl die Ursachen, als auch die Folgen des Klimawandels global sehr ungleich verteilt. Die größte Herausforderung bei der Bekämpfung des Klimawandels sind die Rückkopplungseffekte zwischen einzelnen Prozessen, die sich gegenseitig verstärken bzw. abschwächen können. So betrifft der Klimawandel nicht nur die Luft, sondern auch den Boden und das Wasser. Auch diese beiden letzten Ressourcen sind ökologischem und sozialem Druck ausgesetzt und werden sich durch den Klimawandel verändern. Alle drei wurden in der Vergangenheit von uns Menschen als "Mülldeponie" benutzt, was nicht nur uns Menschen, sondern auch die Biodiversität gefährdet. Beim Wasser können wir zwei gegensätzliche Prozesse beobachten: einerseits herrscht in einigen Weltregionen Trinkwasserknappheit, andererseits führen das Abschmelzen von Festlandeis und die thermische Ausdehnung des Meerwassers zu einem Meeresspiegelanstieg, der bereits jetzt Menschen in Küstenregionen und auf Inseln heimatlos macht.

Klimawissenschaftler*innen haben in den letzten Jahren sogenannte „Tipping Points“ identifiziert, also Kippunkte, die ein Aufhalten des Klimawandels unmöglich machen, darunter auch das Tauen des Permafrosts und der Verlust des Grönland-Eisschildes. Obwohl uns die Risiken und die Angriffspunkte bekannt sind, fehlt ein engagiertes Vorgehen, um ein Überschreiten dieser Kippunkte zu verhindern.

Ein weiterer Kritikpunkt liegt im mangelnden Zusammendenken von Biodiversitätsverlust und Klimakrise. Die Auswirkungen des Klimawandels treffen nicht nur uns Menschen, sondern auch alle anderen Lebewesen auf diesem Planeten. Wir vergessen leider viel zu häufig, dass die Artenvielfalt einen direkten Einfluss auf unsere Lebensqualität hat. Klimaschutz und Artenschutz gehen Hand in Hand und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

2.2 Soziale und ökonomische Ausgangssituation

Die systemische Betrachtung von physischen und sozialen Faktoren zeichnet uns Geograph*innen maßgeblich aus. Um globale Ungerechtigkeiten im Kontext der Klimakrise zu erfassen, ist es wichtig einen Blick auf die komplexen sozialen Auswirkungen auf räumlicher und zeitlicher Ebene sowie in Bezug auf soziale Gruppen und globale ökonomische Systeme, wie den Finanzmarkt, zu werfen. Zum besseren Verständnis werden vorab drei Perspektiven der Gerechtigkeit definiert (nach Impulsreferat von S. Becker, 14.11.2021):

- Die **Prozess-Gerechtigkeit** bezieht sich auf die faire Ausgestaltung von Prozessabläufen und Beteiligungsprozessen.
- Die **Verteilungs-Gerechtigkeit** besagt, dass Kosten und Nutzen fair verteilt werden.
- Die **Anerkennungs-Gerechtigkeit** fordert die Anerkennung von Rechten und Ansprüchen einzelner Gruppen.

Die **Globale Gerechtigkeit** fasst diese drei Perspektiven zusammen und fordert die faire Verteilung von Ressourcen, Rechten und Entwicklungschancen im globalen Kontext. Hierauf basierend wird im Folgenden das derzeitige Spannungsfeld von Klimakrise, Diskriminierung und globaler Ungerechtigkeit als Folge historischer Entwicklungen und als Zusammenwirken physischer, sozialer und ökonomischer Systeme skizziert.

Räumliche Dimension: Der Ausstoß von Treibhausgasen erfolgt lokal, während die Auswirkungen global spürbar sind, wodurch eine Entkopplung von Verantwortung und Wirkung erfolgt (Verteilungsgerechtigkeit). Dass dies sich insbesondere entlang der Trennlinie Globaler Norden/Globaler Süden formiert, geht auf die postkoloniale Strukturierung der Welt zurück. Eine daraus entstandene imperiale Lebensweise des Globalen Nordens basiert auf der Auslagerung negativer Umwelteffekte (z.B. „Export“ von Müll, Nutzung billiger Arbeit im Globalen Süden). Trotz dieser globalen Dimension agieren Entscheidungsträger*innen vor allem auf nationalen Maßstabsebenen (z.B. nationale CO₂-Budgets) (Prozess-Gerechtigkeit).

Zeitliche Dimension: Hinzu kommt unsere historische Verantwortung im Globalen Norden, die sich einerseits aus der Kolonialisierung des Globalen Südens ergibt und andererseits aus den höheren Treibhausgas-Emissionen durch die frühere Industrialisierung des Globalen Nordens. Daraus ergibt sich ein Machtungleichgewicht zwischen Globalem Norden und Süden (Globale Gerechtigkeit), welches der Schlüsselbegriff der Klimarahmenkonvention der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ auf den Punkt bringt. Menschen im Globalen Süden waren und sind überwiegend ausgeschlossen aus global-politischen Entscheidungen (Prozess-Gerechtigkeit). Dennoch erleben sie stärkere Auswirkungen, die in unseren Entscheidungen gründen und sind zugleich auf Grund der kolonialen Vorbedingungen weniger resilient gegen die Klimawandelfolgen. Dennoch ist die Anerkennung postkolonialer Effekte in Deutschland und Europa noch nahezu unsichtbar.

Soziale Dimension: Auch die Ungerechtigkeiten innerhalb der Staaten des Globalen Nordens müssen dringend einbezogen werden. Während Ungerechtigkeiten im Zuge eines Generationenkonfliktes (zeitliche Entkopplung) in Diskussionen häufig thematisiert werden, müssen wir auch die Ungerechtigkeiten auf Grund von Armut und weiteren Diskriminierungen einbeziehen. Menschen, die von Armut betroffen sind, können sich kaum demokratisch beteiligen und sind daher ebenso von Entscheidungsfindungen ausgeschlossen (Prozess-Gerechtigkeit). Ähnliches gilt für die klimatologischen und ökologischen Auswirkungen: von Armut betroffene Menschen leben meist in schlecht isolierten Wohnungen und sind durch Hitzewellen stärker gefährdet. Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass wir auch innerhalb des Globalen Nordens ganz unterschiedliche Betroffenheiten und soziale Ausschlüsse feststellen können. Hier sollte unsere Perspektive erweitert werden, sodass globale Allianzen und universal geteilte Situationen sichtbar werden. So können wir auf verletzte globale Gruppen, wie von Armut und Diskriminierung betroffene Menschen, aufmerksam machen.

Ökonomische Dimension: Neben den kolonial geprägten Wirtschaftssystemen, als einer der Gründe globaler Ungerechtigkeiten, sind auch die Ungerechtigkeiten des globalen Finanzmarktes als einem Haupttreiber globaler Ungerechtigkeiten hervorzuheben. Er ist nahezu unkontrolliert von demokratischen Prozessen und wird durch den Wachstumszwang des Kapitalismus und von spekulativem Gewinnstreben getrieben, in denen die Unter- und Mittelschichten im Globalen Norden benachteiligt sind und die Bewohner des Globalen Südens ausgeschlossen werden. Die Bekämpfung der Klimakrise wird daher ohne eine strenge Regulierung des Finanzmarktes nicht auskommen - sei es bei der Finanzierung der Mobilitätswende, Wohnen als Menschenrecht, Energiewende oder die oft vermeintlich zur globalen Gerechtigkeit beitragende Entwicklungszusammenarbeit. Hier sind Finanzmarktinteressen ausschlaggebend, die dem sozialen Ausgleich und gerechten Umgang mit der Klimakrise vollkommen entgegenstehen.

3. Beispiele im Kontext von Klimakrise, Diskriminierung und globaler Gerechtigkeit

Die Nutzung der Ressourcen Land und Wasser (globale Commons) sind entscheidend für die menschliche Ernährung und Entwicklungschancen. Zugang und Besitz sind allerdings zunehmend ungerecht verteilt und daher Ursache von Armut und Konflikten. Im Folgenden wird an den beiden Beispielfeldern „Land und Landnutzung“ und „Meeresspiegelanstieg und Hochwasser“ aufgezeigt, wie sich Klimakrise, Diskriminierung und globale Gerechtigkeit gegenseitig beeinflussen.

3.1 Land und Landnutzung

Land und seine Nutzung sind ein zentrales Element des geographischen Mensch-Umweltsystems. Die Geographie befasst sich seit jeher mit Landnutzung und deren Umweltwirkungen sowie, im Sinne von Prozessgerechtigkeit, den Besitz- und Nutzungsverhältnissen und der Inwertsetzung von Land. Die ungerechte Verteilung von Land wird durch Landaneignung („Landgrabbing“) verstärkt. Kein oder zu wenig Landbesitz entscheiden über soziale und wirtschaftliche Zukunftschancen und damit über mögliche Armut, Hunger und Migration. Zugang und Besitz von Land ist auch Ursache von Konflikten und Kriegen.

Die Zerstörung von Wäldern und Naturräumen, wie Küstenzonen, Flussauen, Sümpfen, Regenwäldern und Mooren, vernichtet Biodiversität und Speicher von Treibhausgasen. Übernutzung von Grundwasser für Bewässerung und Industrie sowie fortschreitende Wüstenbildung durch Wald- und Weidezerstörung beschleunigen die Klimakrise. Traditionelle naturnahe Landnutzung von Indigenen und Nomaden vermeidet dagegen Wald- und Bodenverluste und verdient viel größere Anerkennung.

Besitz von Land ist geregelt durch Landrechte. In Kolonialzeiten wurden kommunale Landrechte und indigene Nutzungsrechte abgelöst durch individuellen Besitz mit Plantagen für Exportprodukte und weiße Siedler zur Versorgung der kolonialen Eliten. Seit mehreren Jahrzehnten führt der hohe Landbedarf durch das globale Wirtschaftswachstum, zum Beispiel für Palmöl, Soja und Kautschuk, zu vermehrtem Landgrabbing und damit zur Spekulation mit Land als finanzielle Anlageform. Landverlust durch Rohstoffgewinnung, Infrastrukturvorhaben, Ausweisung von Industriezonen oft ohne Umweltauflagen, ungesteuerte Stadtentwicklung für die schnell wachsenden Megastädte und internationale Tourismusanlagen sind Beispiele globaler Ungerechtigkeit. Sie zerstören Naturräume und kleinbäuerlichen Landbesitz und damit familiäre Existenzen. Nicht zuletzt schaden solche Prozesse auch in vielen Aspekten dem Klima.

Landreformen, wie nach der Dekolonialisierung, waren oft wirkungslos, da sie umweltverträgliche vorkoloniale Landbesitz- und indigene Nutzungsformen nicht wiederherstellten. Eine gerechte Umverteilung des Landbesitzes erfolgte postkolonial fast nirgends. Stattdessen beschleunigte sich häufig die Landkonzentration insbesondere von wertvollem Land für Bewässerung oder Siedlung in Händen neuer Eliten und ihrer 'Geschäftspartner' aus dem Globalen Norden.

3.2 Meeresspiegelanstieg und Hochwasser

Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur und die Klimakrise haben regional unterschiedlich Einfluss auf den Wasserkreislauf. Durch vermehrte Starkregenereignisse und Gletscherschmelze kommt es in vielen Weltregionen zu Überschwemmungen und zu Meeresspiegelanstieg. Verstädterung sowie die damit verbundene Flächenversiegelung intensivieren diese Hochwasserereignisse. Um die Menschen, die in den betroffenen Regionen leben, vor den Wassermassen zu schützen, bedarf es einer kommt vorrausschauenden und inklusiven Anpassungsplanung, bei der vor allem die Interessen der besonders Betroffenen berücksichtigt werden. So ist bei allen Maßnahmen zu beachten, dass sie keine negativen Konsequenzen in anderen Lebensbereichen mit sich bringen. Zum Beispiel stellen Talsperren eine wichtige Maßnahme zum Schutz vor Überflutungen dar, dürfen aber nicht zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung führen. Auch die durch den Meeresspiegelanstieg verursachte Migration von Klimaflüchtlingen ist eine globale Aufgabe.

Auch im Rahmen der UN-Klimakonferenzen muss durch die gerechte Aufteilung des CO₂-Restbudgets dafür gesorgt werden, dass die historische Verantwortung der sogenannten Industriestaaten anerkannt wird. Durch stärkere Reduktion seiner Treibhausgase und Erstattung von Verlusten und Schäden kann der globale Norden dieser Verantwortung gerecht werden und die regional unterschiedliche Betroffenheit berücksichtigt werden.

Durch eine verständliche und ausgewogene Kommunikation kann das Wahrnehmungsproblem, unter dem der Kampf gegen die Klimakrise leidet, beseitigt sowie der Umgang mit der Krise verbessert werden. Die Berichterstattung muss auch deutlich machen, wie die Klimakrise globale Benachteiligung verschärft, um dieser begegnen zu können.

4. Fazit und Ausblick für die Angewandte Geographie

Die Angewandte Geographie muss sich mehr als bisher in die notwendige Kommunikation zu Folgen der Klimakrise, Diskriminierung und globaler Ungerechtigkeit einbringen und aus Verantwortung und Wissen um die Auswirkungen globaler Zusammenhänge stärker als bisher Position beziehen.

Gerade Geograph*innen können darauf aufmerksam machen, wie sich die Kippunkte des Klimawandels auf die globalen Gemeisphären (Atmosphäre, Meere, polare Eisschilde, Wälder und Moore) auswirken werden. Für zukunftsgewandte und gerechtigkeitsorientierte Veränderungen der raumbezogenen Planung und Politik, global als auch hierzulande, sollten wir überzeugend eintreten. Die Angewandte Geographie kann so durch ganzheitliche Betrachtung von Klimakrise, Diskriminierung und Globaler Gerechtigkeit (inter-)nationale Regelwerke mitgestalten.

Auch der Deutsche Verband für Angewandte Geographie e.V. wird sich stärker den Themen Klimakrise, Diskriminierung und globale Gerechtigkeit annehmen. Insbesondere Fachthemen wie Flächenverbrauch, klimaresiliente Städte sowie nachhaltige Regional- und Verkehrsplanung werden sich in der geographischen Berufspraxis verstärkt wiederfinden müssen.

Für die Mitglieder des Deutschen Verbands für Angewandte Geographie e.V. sollte Achtsamkeit im Hinblick auf demokratische Entscheidungsprozesse und soziale Gerechtigkeit leitend sein. Global bedeutet dies, dass Angewandte Geograph*innen die Betroffenen des Globalen Südens unterstützen und globale Gerechtigkeit in allen Entscheidungen durchsetzen.



Kontakt & Vernetzung

Deutscher Verband für Angewandte Geographie e.V.

DVAG-Arbeitsgruppe "Klimakrise, Diskriminierung und globale Gerechtigkeit"

Manhagener Allee 23

22926 Ahrensburg

E-Mail: geschaeftsstelle@gs.geographie-dvag.de